

NACHHALTIGE POST-PANDEMIEWIRTSCHAFT

Ein Weg zur wirtschaftlichen & klimagerechten Nachhaltigkeit

Im Angesicht der sich vor uns befindlichen Herausforderungen gibt es keine Atempause, sondern es drohen durch die Kosten des Klimawandels und der weiteren Alterung der Gesellschaft sogar zusätzliche Belastungen der öffentlichen Haushaltsknappheit. Die neue Bundesregierung muss daher im Lichte ihrer Verpflichtung für kommende Generationen nachhaltig wirtschaften. Diese Maxime hat das Bundesverfassungsgericht erst vor Kurzem in seinem geschichtswürdigen Urteil zum Schutz der Lebensgrundlagen künftiger Generationen eindrucksvoll ausbuchstabiert.

TEIL 1: Lasten des Gemeinwesens gerecht verteilen

Im ersten Schritt muss die neue Bundesregierung zunächst alle Ausgabenpositionen einer Revision unterziehen und gegebenenfalls kürzen oder streichen. Nur so werden die erforderlichen Mittel für notwendige wirtschaftliche Impulse frei. Es ist jedoch zu erwarten, dass eine Kürzung oder Streichung auf gesellschaftlichen Widerstand stößt. Zur Abmilderung schmerzhafter Kürzungen können kurzfristig höhere Steuereinnahmen helfen. Eine deutliche Erhöhung der Steuereinnahmen kann dabei vor allem durch Stimulierung des Wirtschaftswachstums erreicht werden.

I. Schuldenbremse einhalten

Ein wichtiges Instrument zur Sicherung der Nachhaltigkeit des staatlichen Wirtschaftens ist und bleibt die Schuldenbremse des Grundgesetzes. Es ist daher nur richtig, diese ab 2022 wieder einzuhalten. Dabei darf der bestehende Investitionsstau nicht aus den Augen verloren werden.

Die Junge Union Rendsburg-Eckernförde fordert daher:

- eine Einhaltung der Schuldenbremse ab dem Jahr 2022 bei gleichzeitigem Abbau des Investitionsstaus

II. Aufstiegschancen für alle

Die Junge Union Rendsburg-Eckernförde glaubt daran, dass das Aufstiegsversprechen eine der tragenden Säulen einer zukünftigen

35 Wirtschaftsordnung sein muss. Jedoch müssen wir ebenso anerkennen, dass dieses
36 nur dann gilt, wenn alle Menschen die gleichen Chancen bekommen. Dies steht jedoch
37 mit der Idee einer reinen Marktwirtschaft insoweit im Konflikt, als dass diese in sich
38 eine gewisse Ungleichheit gerade als wünschenswert einordnet. Wir sehen die
39 Aufgabe des Staates daher darin, einen angemessenen Ausgleich zwischen
40 Chancengleichheit und Leistungsgerechtigkeit zu schaffen.

41
42 Dazu sind die Freibeträge in der Einkommenssteuer ein wichtiges Instrument, da diese
43 Anreize zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit setzen. So ermöglichen diese gerade
44 sozial Schwächeren, ihren Lebensstandard schnell durch berufliche Tätigkeit zu heben
45 und so gesellschaftlichen Aufstieg zu verwirklichen.

46
47 2005 zahlten noch ca. 1,8 Millionen Menschen den Spitzensteuersatz der
48 Einkommenssteuer. Heute sind es mehr als doppelt so viele. Hauptursache dafür ist
49 die kalte Progression: Bei gleichbleibenden Einkommensschwelen für die höheren
50 Einkommenssteuersätze sind die Löhne durch die Inflation in allen
51 Einkommensbereichen erheblich gestiegen. Diese Entwicklung war und ist eine
52 schleichende Steuererhöhung, insbesondere für die hart arbeitenden Handwerker und
53 Fachkräfte in unserem Land. Wir wollen die Einkommenssteuersätze wieder so
54 ändern, dass dem Ansatz einer progressiv steigenden Einkommenssteuer Rechnung
55 getragen wird. Um eine erneute kalte Progression in Zukunft zu verhindern, muss der
56 Einkommenssteuertarif an die Inflation gekoppelt werden.

57
58 Der deutsche Staat profitiert massiv von dem Erfindungsgeist unseres Mittelstandes.
59 Wir wollen diesen Unternehmen die Basis ihrer Wettbewerbsfähigkeit erhalten: Die
60 Unternehmenssteuern müssen gesenkt werden. Ziel kann dabei der
61 Mindeststeuersatz sein, der im Rahmen der globalen Mindestbesteuerung vereinbart
62 ist.

63
64 Die Junge Union Rendsburg-Eckernförde fordert daher:

- 65 ▪ eine Erhöhung des Freibetrages bei der Einkommenssteuer
- 66 ▪ eine Senkung der Einkommenssteuer
- 67 ▪ eine Koppelung der Einkommenssteuersätze an die Inflationsrate
- 68 ▪ eine Senkung der Steuern für Unternehmen

69 **III. Eine nachhaltige Rente**

70 Immer wieder stechen vor allem die hohen Aufwendungen zur Subventionierung der
71 gesetzlichen Rentenversicherung ins Auge. So liegt es angesichts der
72 fortschreitenden demographischen Alterung der Gesellschaft nahe, dass sich der
73 aktuelle Trend immer höherer Zuschüsse für die gesetzliche Rentenversicherung nicht
74 von selbst umkehren wird. Ziel sollte es aber sein, dass die Beiträge von Arbeitgebern
75 und Arbeitnehmern die Ausgaben für eine angemessene Rente decken. Dieses
76 Versprechen ist der Generationenvertrag, auf dessen Fundament unser
77 Rentensystem steht. Durch die Steuerbezugsschussung besteht die Gefahr einer immer
78 größer werdenden Schieflage: Entweder wir finanzieren das eigentlich nicht haltbare
79 Rentenniveau durch neue Schulden oder sparen an anderer Stelle und kommen so
80 mit Investitionen in die Zukunft in Verzug. Eine Auflösung dieses Dilemmas kann nur
81 durch eine umfassende Reform erfolgen, die auch eine Erhöhung des
82 Renteneintrittsalters in Betracht zieht.

83

84 Rentenkürzungen sind seit 2010 durch die erweiterte Rentenschutzklausel im Zuge
85 der Finanzkrise verboten worden. Diese Maßnahme führte unweigerlich zu einer
86 drastischen Erhöhung der Kosten für die gesetzliche Rentenversicherung. Insofern
87 wurde das Rentenniveau gerade vom vorherrschenden Lohnniveau abgekoppelt. Dies
88 stellt eine ungerechte Besserstellung der Rentennehmer dar: Warum sollen
89 Arbeitnehmer eine Lohnsenkung hinnehmen müssen, gleichzeitig aber eine
90 Beibehaltung des Rentenniveaus finanzieren müssen? Zur Linderung dieser
91 Ungerechtigkeit hat zumindest bis 2018 noch der sogenannte Nachholfaktor
92 beigetragen. Durch den Nachholfaktor wurden Rentenerhöhungen insoweit gekürzt als
93 in Zukunft mit einer eigentlich notwendigen Rentensenkung gerechnet wurde. Doch
94 auch dieser Nachholfaktor wurde vom SPD-geführten Arbeits- und Sozialministerium
95 ab 2018 ausgesetzt. Diese Pervertierung des Generationenvertrages muss aufhören.
96 Rentner und Arbeitnehmer sitzen gemeinsam in einem Boot und müssen deshalb auch
97 wieder gleichbehandelt werden.

98

99 Eine weitere Ungerechtigkeit stellen breite Befreiungen von der Pflicht zur
100 Beitragszahlung in der gesetzlichen Rentenversicherung dar. Die Bewältigung der
101 Rentenlast ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und sollte dementsprechend
102 gestaltet werden. Die Möglichkeiten zur Befreiung müssen daher verschärft werden.

103 Mittel- und langfristig kann das Problem der Rentenversicherung nur durch Aufbau
104 eines zweiten Standbeines der Altersvorsorge gesichert werden, da das
105 umlagefinanzierte Rentensystem aufgrund der aktuellen Demografieentwicklung nicht
106 zukunftsfähig ist. Dabei muss der Staat darauf hinwirken, dass die breite Gesellschaft
107 die Möglichkeiten kapitalgedeckter Altersvorsorge wahrnimmt.

108
109 Die Reform muss jedoch konsequent zu Ende geführt werden: Der Bund hat in den
110 letzten Jahren mit der Mütter- und Grundrente gleich zwei Leistungen in das
111 Rentensystem integriert, die eher als Sozialhilfe anmuten. Diese Maßnahmen haben
112 die Verschränkung von Sozialhilfe und verdienter Rente, von Staatshaushalt und
113 Rentenkasse unnötig vertieft. Obwohl die Grundrente die pauschale Untergrenze einer
114 Rentenleistung darstellt, fehlt es ihr an einer Gegenfinanzierung aus der Rentenkasse.
115 Es entspricht dabei zwar unserem Verständnis der christlichen Soziallehre, dass der
116 Staat den Schwächsten der Gesellschaft durch gezielte Leistungen hilft und ihnen so
117 zu einem lebenswerten Leben verhilft. Konsequenter wäre diese Maßnahme aber nur
118 gewesen, hätte man sie mit einer individuellen Prüfung der Bedürftigkeit als Sozialhilfe
119 ausgestaltet. Gleiches gilt sinngemäß für die Mütterrente. Diese Umgestaltung der
120 gesetzlichen Rente in ein weiteres Sozialhilfesystem ist systemwidrig und
121 kompromittiert das Ideal der Rente als verdientes Ruhegehalt nach einer absolut zu
122 würdigenden Lebensleistung.

123
124 Die Junge Union Rendsburg-Eckernförde fordert daher:

- 125 ▪ ein langfristiges Auslaufen der Zuschussung der gesetzlichen
126 Rentenversicherung aus dem Bundeshaushalt
- 127 ▪ eine Rückkehr zu einer gesetzlichen Rentenversicherung nach den Gedanken
128 der Leistungsgerechtigkeit und Eigenverantwortlichkeit in Kombination mit
129 Solidarität gegenüber den Schwächeren
- 130 ▪ eine Erhöhung und Flexibilisierung des Renteneintrittsalters
- 131 ▪ eine Abschaffung der Rentenschutzklausel
- 132 ▪ Verschärfungen der Befreiungen von den Rentenbeiträgen
- 133 ▪ eine steuerliche Begünstigung der privaten Altersvorsorge
- 134 ▪ ein Auslaufen der Grundrente ohne Bedarfsprüfung und der Mütterrente

135

136 **IV. Klima? Der Markt regelt das!**

137 Eine klimaneutrale Wirtschaft kann sich nur entwickeln, wenn diese organisch
138 gewachsen ist. Privilegiert der Staat einzelne Technologien, so besteht die Gefahr,
139 dass die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft eingeschränkt ist. Wir glauben daran,
140 dass nicht der Staat, sondern der Markt die besten Technologien hervorbringt.

141
142 Es ist dabei die Pflicht des Staates, die Wirtschaftsordnung dahingehend
143 auszugestalten, dass er Anreize zur Erreichung des Ziels der Klimaneutralität schafft.
144 Die aktuelle Steuerlast behindert diesen Prozess massiv. Der Kraftstoffpreis liefert
145 dafür das beste Beispiel: So besteht dieser zu knapp zwei Dritteln aus Abgaben, wobei
146 der neue CO₂-Preis neben Energie- und Mehrwertsteuer tritt. So greift etwa die
147 Energiesteuer unabhängig von der Art der Gewinnung des Kraftstoffes. Würde man
148 jedoch die Energiesteuer abschaffen und stattdessen den CO₂-Preis entsprechend
149 erhöhen, würden große Anreize für die Produktion und Nutzung klimaneutraler
150 Kraftstoffe entstehen, wobei der Preis für den Verbraucher zunächst stabil bliebe und
151 auf die lange Sicht sogar sinken könnte.

152
153 Im Sinne gleicher Wettbewerbsbedingungen sollte es das Ziel sein, die CO₂-
154 Bepreisung im europäischen Raum parallel zur EU-Mehrwertsteuerrichtlinie zu
155 harmonisieren, damit im europäischen Binnenmarkt ein einheitlicher CO₂-Preis gilt.

156
157 Um den bitter nötigen Ausbau der erneuerbaren Energien zu beschleunigen, müssen
158 wir für Photovoltaikanlagen alle freien, bereits versiegelten Flächen nutzen. Eine
159 staatliche Förderung von solchen Anlagen auf Dächern halten wir daher für sinnvoll.

160
161 Die Junge Union Rendsburg-Eckernförde fordert daher:

- 162 ▪ die Sicherstellung von gleichwertigen Lebensverhältnissen von Stadt und Land
- 163 in Bezug auf die Energiewende
- 164 ▪ die sukzessive Abschaffung der Energiesteuer auf Kraftstoffe
- 165 ▪ eine entsprechende Erhöhung des CO₂-Preises, die den
- 166 Transformationsprozess der Industrie befördert
- 167 ▪ die Einführung eines einen einheitlichen europäischen CO₂-Preis
- 168 ▪ einen zügigen Ausbau von erneuerbaren Energien, insbesondere der Offshore-
- 169 Windkraft und Solaranlagen auf Dächern

170 **TEIL 2: Wirtschaftliche Macht international bewahren**

171 Deutschlands und Europas Stellung in der Welt basieren heutzutage nicht mehr auf
172 militärischer Stärke, sondern allein auf einem klaren Wertekompass und vor allem
173 wirtschaftlichem Erfolg. Gerade Deutschland profitiert erheblich von seinem hohen
174 Exportüberschuss. Diese Position gilt es gerade im Wettbewerb der Systeme mit
175 China zu bewahren.

176

177 **I. Technologie ist unser Pfund**

178 Dazu müssen wir unsere Wirtschaft so ausrichten, dass sie auch in 10, 50 oder 100
179 Jahren noch diejenige Innovationskraft hat, die diese im letzten Jahr etwa im
180 Gesundheitssektor mit der Erfindung des weltweit ersten Impfstoffes gegen das
181 Coronavirus gezeigt hat.

182

183 Unsere Spitzentechnologie dürfen wir dabei aber nicht einem falsch verstandenen
184 Protektionismus oder gar Nationalismus unterwerfen. Technologie kann nur dort
185 Macht entfalten, wo sie benutzt wird.

186

187 Gerade im afrikanischen Raum ignoriert die europäische Wirtschaft seit Jahren große
188 Chancen, die momentan mit großer Freude durch chinesische Investoren genutzt
189 werden. Wir müssen daher in Kooperation mit Amerika ein freiheitliches
190 Alternativangebot zu chinesischem Neokolonialismus schaffen. Denn auf dem
191 afrikanischen Kontinent befinden sich eine Vielzahl von Entwicklungsländern, die
192 mittlerweile einen hohen Bedarf an Konsumgütern haben. In diesen Ländern steckt mit
193 einem Durchschnittsalter von nur 22 Jahren und den weltweit größten
194 Rohstoffvorkommen ein riesiges Potential. Bisher wurde diese Arbeitskraft zu oft nur
195 ausgebeutet und die Rohstoffe in Schwellen- und Industriestaaten verbracht.
196 Infolgedessen konnten diese Regionen kaum von der erzeugten Wertschöpfung
197 profitieren. Wir wollen die Länder des afrikanischen Kontinents mit einem
198 umfangreichen europäischen Investitionsprogramm befähigen, mehr Wertschöpfung
199 im eigenen Land zu schaffen.

200

201 Im Jahr 2018 zahlte allein Deutschland 6 Milliarden Euro Entwicklungshilfe an Länder
202 auf dem afrikanischen Kontinent. Diese Gelder wirken leider oft nicht so gezielt und
203 damit ineffizient. Dabei spielt verbreitete Korruption in vielen afrikanischen Ländern

204 eine große Rolle, sodass die bereitgestellten Gelder nicht an ihrem Bestimmungsort
205 ankommen. Deshalb muss die neue Bundesregierung Entwicklungsmittel einer
206 Prüfung auf deren Effektivität unterziehen und gegebenenfalls nachsteuern.

207
208 In diesem Verständnis einer interkontinentalen Allianz für Demokratie und
209 Liberalismus braucht es einen neuen Anlauf in der Verknüpfung unseres
210 Wirtschaftsraumes mit dem der USA. Unter der neuen Biden-Administration bietet sich
211 die Chance eines neuen Kapitels des Multilateralismus. Gemeinsam mit den USA
212 können wir unsere Innovationskraft noch weiter steigern und so ein Bollwerk gegen
213 chinesische Hegemonie darstellen. Dazu müssen wir bestehende Handelshemmnisse
214 zwischen der EU und den USA auf ein absolutes Minimum reduzieren, gemeinsame
215 Regeln für die Besteuerung finden: Wir brauchen einen neuen Anlauf für ein
216 transatlantisches Freihandelsabkommen.

217
218 Eine faire internationale Handelsordnung basiert auf dem Bild der Spiegelbildlichkeit.
219 Das heißt, dass im Verhältnis zweier Wirtschaftsräume im Sinne der Fairness gleiche
220 Handelshemmnisse gelten. Diesen Grundsatz müssen wir im Verhältnis zu China
221 konsequenter umsetzen. So gilt in China schon lange die Regel, dass ausländische
222 Investoren nur im Zusammenschluss mit einem chinesischen Partner Zugang zu
223 chinesischen Unternehmen erhalten. Solange China auf diese protektionistische
224 Maßnahme nicht verzichtet, müssen wir bei uns gleiche Regeln etablieren.

225
226 Die Junge Union Rendsburg-Eckernförde fordert daher:

- 227 ▪ die Schaffung eines umfangreichen europäischen Investitionsprogramms im
228 afrikanischen Raum
- 229 ▪ den Abschluss von Investitionsschutzabkommen zwischen der EU und
230 afrikanischen Staaten
- 231 ▪ einen effizienteren Einsatz von Entwicklungshilfemitteln
- 232 ▪ eine erneute Anstrengung für ein transatlantisches Freihandelsabkommen mit
233 den USA (TTIP)
- 234 ▪ die Zulassung ausländischer Investoren in deutsche Unternehmen nur insoweit,
235 wie eine erhebliche deutsche Beteiligung verbleibt, wenn insoweit eine gleiche
236 Regelung im Ausgangsstaat besteht

237

238 **II. Europäischen Binnenmarkt schützen**

239 Europäische Unternehmen dürfen wir im weltweiten Wettbewerb nicht im Stich lassen.
240 Stattdessen müssen wir die Überschwemmung des europäischen Binnenmarkts mit
241 außereuropäischen klimaschädlichen Produkten zu Dumpingpreisen unterbinden. Das
242 aktuelle Zollregime ist dafür nicht ausreichend. Deshalb müssen wir auch im Sinne
243 einer internationalen Steuerung der Wirtschaftsordnung einen CO₂-Grenzausgleich
244 und daher einen zusätzlichen Einfuhrzoll auf ausländische Produkte insoweit erheben,
245 wie diese nicht klimafreundlich produziert worden sind. Auf der Kehrseite bedeutet
246 dies, dass wir die Verteuerung unserer Produkte im Export ebenso ausgleichen
247 müssen, um international wettbewerbsfähig zu werden.

248
249 Unsere Vision geht aber über diese europäische Perspektive hinaus. Im Gegensatz zu
250 manch einem Grünen erkennen wir an, dass wir die Klimakrise nur durch einen
251 weltweiten Ansatz stoppen können. Eine bloße Selbstgeißelung der Europäer kann
252 faktisch nicht zum Erfolg führen. Gerade im zuvor beschriebenen neuen
253 transatlantischen Freihandelsraum können wir im Geiste einer globalen Klimapolitik
254 die Wirkung unserer Anstrengungen steigern: Wenn wir gemeinsam mit den USA eine
255 CO₂-Besteuerung und einen entsprechenden CO₂-Grenzausgleich vereinbaren,
256 kommt kein Staat der Welt an gleichen Maßnahmen mehr vorbei.

257
258 Die Junge Union Rendsburg-Eckernförde fordert daher:

- 259 ▪ die Einführung eines CO₂-Grenzausgleiches für klimaschädliche Produkte
- 260 ▪ die Vereinbarung eines CO₂-Preises mit den USA und eines entsprechenden
- 261 CO₂-Grenzausgleiches für Ex- und Importe im Rahmen eines transatlantischen
- 262 Freihandelsraumes

263

264 **III. Frankfurter Geldregen**

265 Die Europäische Zentralbank beschert der europäischen Wirtschaftsordnung seit
266 nunmehr über 10 Jahren einen schier unerschöpflichen Geldregen. Die sich im Umlauf
267 befindliche Geldmenge hat sich seit Einführung des Euro mehr als verdreifacht, seit
268 der Finanzkrise 2007 knapp verdoppelt. Dass dieser Trend noch keine übermäßige
269 Inflation zur Folge hat, liegt an der ungefähr simultan verlaufenden Steigerung der
270 Wirtschaftsleistung der Volkswirtschaften. An der aktuellen Entwicklung auf dem
271 Immobilienmarkt zeigt sich, dass dies zu rasanten Preissteigerungen führen kann.

272 Solche Überentwicklungen (Blasen) werden bei einer weiteren Steigerung der
273 Geldmenge immer öfter vorkommen, da das Angebot an möglichen Investitionen
274 immer knapper wird. Im Ergebnis kommt es dabei zu einer immer größeren
275 Akkumulation von Vermögen bei ohnehin Vermögenden, wohingegen Immobilien für
276 Ärmere unerschwinglich werden. Ein Ausstieg aus dieser Geldpolitik wäre daher im
277 Sinne einer gerechteren Wirtschaftsordnung durchaus wünschenswert.

278

279 Im Laufe des zurückliegenden Jahrzehnts hat sich jedoch in vielen europäischen
280 Staaten die Staatsverschuldung massiv erhöht. Eine Deckung der dabei entstehenden
281 Tilgungsverpflichtungen neben den sonstigen Staatsausgaben ist dabei vielen
282 europäischen Staaten nur durch weitere Schuldenaufnahme möglich, die durch die
283 Niedrigzinspolitik der EZB weiter gefördert wird. Eine kurzfristige Erhöhung des
284 Leitzinses kann zur Pleite dieser Staaten führen, da diese ihre Altkredite durch teurere
285 Neukredite refinanzieren müssten. Ein Ausweg aus diesem Teufelskreis ist daher nur
286 möglich, wenn hochverschuldete Staaten jetzt, wo das Geld so billig zu kriegen ist,
287 ihre Schulden abbauen.

288

289 Die Junge Union Rendsburg-Eckernförde fordert daher:

- 290 ▪ einen kurz- und mittelfristigen Abbau der Schulden hochverschuldeter
291 europäischer Staaten, um eine langfristige Abkehr von der Nullzinspolitik und
292 folglich Reduzierung der Geldmenge im Euroraum zu ermöglichen
- 293 ▪ eine strikte Ablehnung der Vergemeinschaftung von nationalen Schulden